Auf dem Bauche vor der Weltfinanz

Die deutsche Bourgeoisie und ihre Regierung tappen in eine neue außenpolitische Niederlage hinein. Am 25. Januar beginnt in Ouchy bei Lausanne am Genfer See die Reparationskonferenz. An den friedlichen Gestaden des Genfer Sees, diesem Vergnügungszentrum der internationalen Luxuswelt, wird man kriegerische Redegefechte austragen. Und der Ausgang dieses Spieles ungleicher Kräfte ist so sicher wie zweimal zwei = vier.

Der Dr. Brüning hat sich für seine Erklärung, daß Deutschland keine Reparationen mehr zahlen wolle — eine Erklärung, die von der deutschen Delegation auf der Reparationskonferenz vertreten werden wird —, so ziemlich den ungünstigsten Moment ausgesucht. Nie war die Spekulation auf die Differenzen zwischen den Tributgläubigermächten verfehlter als jetzt.

Nicht, als ob wir diese Differenzen leugnen. Sie sind selbstverständlich vorhanden, und ihre Größe darf nicht unterschätzt werden. Sie sind heute größer und schärfer als je. Aber wenn schon 1923 der Versuch der kapitalistischen Regierung Deutschlands, mit dem englischen Imperialismus Politik gegen den französischen zu machen, mißlang, um wieviel mehr heute, wo kein Lord D'Abernon das mit Frankreich konkurrierende britische Weltreich mehr in Berlin vertritt, sondern Sir Horace Rumbold ein von der Inflationskrise geschlagenes, auf dem ganzen Kontinent von Frankreich zurückgedrängtes England repräsentiert.

Man braucht kein Prophet zu sein, um vorauszusagen, daß die Engländer in Lausanne, selbst wenn sie wollten, nichts gegen Frankreich unternehmen werden, da sie nichts gegen Frankreich unternehmen können. Sie sind an Händen und Füßen gebunden. Und die Laval und Tardieu werden die beherrschende Position des französischen Imperialismus zur rücksichtslosen Zurückweisung der deutschen Forderungen ausnutzen.

Die theatralische Geste des Reichskanzlers, darauf angelegt, den Nazis den Wind aus den Segeln zu nehmen, hat nur den einen „Erfolg" gehabt, daß die neue französische Regierung einen noch schärfer betonten nationalistisch-chauvinistischen Charakter erhielt. Ihr Ministerpräsident ist Laval, aber der wirkliche Chef heißt Tardieu, der vom Arbeits- zum Kriegsminister avancierte und zwei weitere seiner Anhänger, bisher Unterstaatssekretäre, ins Kabinett lancierte. Dieses Kabinett ist die Regierung der schlimmsten Tributerpresser, die als unbarmherzige Shylocks auf ihren löchrigen Schein pochen werden.

Brünings Niederlage ist also sicher. Aber Brünings Niederlage ist auch die Niederlage der Hitlerpartei, deren Außenpolitik weitgehend mit der Brünings übereinstimmt. Brüning und Hitler werden beide kapitulieren. Sie werden? In der entscheidenden Frage haben sie es schon getan.

Denn erstens ist es zweifellos, daß Frankreichs Diktat hingenommen wird. Hitler redet vorsichtigerweise gar nicht mehr von der Abschaffung, sondern nur von der „Neuregelung der Tribute". Hier besteht durchaus die Möglichkeit einiger Konzessionen seitens Frankreich.

Aber diese Zugeständnisse — etwa Verlängerung der Frist, in der keine Zahlungen geleistet zu werden brauchen — werden um einen Preis erkauft, der beweist, daß welches auch immer der Ausgang sein möge, er nur auf Kosten der Arbeiterklasse beschritten wird, solange Imperialisten mit Imperialisten verhandeln. Es handelt sich nicht nur um die Anerkennung der heutigen Ostgrenzen Deutschlands, sondern um das noch konsequentere Einschwenken des deutschen Imperialismus in die Antisowjetfront. Und in dieser Beziehung wird die deutsche Bourgeoisie gern die nötigen Garantien geben.

Aber es muß darauf hingewiesen werden, daß die Art der Schulden Deutschlands in den letzten Jahren eine bedeutende Verschiebung erfahren hat. Ihr Schwergewicht liegt nicht mehr bei den politischen, sondern bei den sogenannten privaten Schulden. An 30 Milliarden Mark Anleihen haben die internationalen Bankiers in Deutschland untergebracht, 30 Milliarden mit jährlich über 2½ Milliarden Mark Zinsen und Amortisationsgeldern. Klipp und klar erklärt Hitler, daß

> „die Hitlerbewegung entschlossen ist, private Schulden zu übernehmen und zu bezahlen. Privatgläubiger werden finden, daß die Durchführung der nationalsozialistischen Wirtschaftsprinzipien in Deutschland eine bessere und sichere Garantie zur Durchführung ihrer finanziellen Ansprüche bieten, als die unverantwortliche Mißwirtschaft Deutschlands unter dem jetzigen System."
>
> („Saturday Review" vom 24. Oktober 1931).

Mit diesem seither immer wieder bekräftigten Gelöbnis überliefert die Führung der Nationalsozialistischen Partei zu ihrem Teil das werktätige Volk dem räuberischen Zugriff der Bankbonzen Neuyorks, Londons und Paris'. Bedenkenlos bestätigt der Osaf, daß er die Sklaverei der Arbeiter Deutschlands für das Auslandskapital zu verewigen gedenkt.

So auf dem Bauche vor dem internationalen Finanzkapital rutschend, hat Hitler sich das Vertrauen der Kapitalsgewaltigen der Welt erworben. Mag es wahr oder erfunden sein, — bezeichnend ist auf jeden Fall, was der Chefredakteur des „Völkischen Beobachter", Alfred Rosenberg, mitteilte,

> „daß der Reichskanzler von sehr autoritativer ausländischer Seite darauf aufmerksam gemacht worden war, daß er nicht mehr recht verhandlungsfähig sei ohne Adolf Hitlers Unterstützung."

Wessen diese Herren sich das rühmen — das ist ihre tiefste Schande. Sie paradieren mit dem Vertrauen der ausländischen Kapitalisten, anstatt sich dessen zu schämen. Man darf wohl annehmen, daß es sich bei dem von Rosenberg zitierten Vorgang um eine Anregung italienischer Faschisten handelt.

Die haben ja auch allen Grund, Hitler dankbar gewogen zu sein, denn dieser „völkische" Held hat bei seinem Ausverkauf „nationaler Belange" Südtirol nicht vergessen, sondern gemein verschachert. Hieß es noch in der ersten Auflage des von Feder geschriebenen Programms der NSDAP.:

> „Wir verzichten auf keinen Deutschen in Sudetendeutschland, in Südtirol, in Polen und der Völkerbundskolonie Oesterreichs",

so wurden in der zweiten und allen späteren Auflagen die Worte: „in Südtirol" gestrichen. Zweifelt Herr Hitler plötzlich an der germanischen Reinrassigkeit der Südtiroler? Oder sind die Bewohner Südtirols plötzlich ein anderer Menschenschlag geworden?

Nichts davon! Geändert haben sich nicht die Südtiroler, geändert auch nicht Herr Hitler. Er hat nur die nationale Maske abgeworfen und sein Programm in allen nationalen ebenso wie in den sozialen Fragen vollkommen den Bedürfnissen der deutschen und ausländischen Kapitalisten angepaßt.

Ja, auch in allen sozialen Fragen. Der Mann, der die Arbeiter, und vor allem die sechs Millionen Arbeitslosen, im „Völkischen Beobachter" mit der Erklärung beschimpfte: „Die Arbeitslosenunterstützung macht arbeitsscheu", der am 3. Dezember 1931 den Naziführer Dr. Kapsch in einer Versammlung zu Berlin-Tempelhof erklären läßt, daß „die Arbeitslosen das Arbeiten und das Gehorchen verlernt haben, deshalb werden wir sie bei Einführung der Arbeitsdienstpflicht erst ein paar Monate tüchtig dimsen" — dieser Hitler ist ein Lakai der Tributerpresser im Ausland und der Lohnräuber in Deutschland.

Wir sagten, daß Brünings Niederlage auch Hitlers Niederlage sei. Und wenn die Nazis erklären, daß die Situation sich ändern werde, wenn sie an die Regierung kämen, so ist das Lug und Trug. Angenommen, wir hätten eine Hitlerregierung — sie würde nichts anderes unternehmen können als Brüning, sie würde nicht um ein Jota bessere Bedingungen erhalten und würde ebenso schmählich kapitulieren müssen.

Denn auch in diesem Falle ständen, wie heute, Imperialisten auf der einen und Imperialisten auf der anderen Seite. Auch in diesem Falle hätten die deutschen Hakenkreuzimperialisten die ganze Arbeiterklasse Deutschlands und aller übrigen Länder gegen sich. Sie stünden den Tributgläubigern genau so machtlos wie Brüning, genau so machtlos wie die SPD. gegenüber.

Man muß es den SPD.-Arbeitern vor Augen halten, daß auch die Außenpolitik der reformistischen Führer sich grundsätzlich vollkommen deckt mit der Außenpolitik Hitlers.

Die katastrophale außenpolitische Niederlage Brünings, Hitlers und Wels macht sinnfällig, daß nur die Kommunistische Partei die soziale und nationale Befreiung Deutschlands bringen kann. Unsere freie sozialistische Räterepublik wird sich nicht, wie der Staat Brünings, Hitlers, auf eine kleine Volksminderheit, sondern auf die ganze Arbeiterklasse, auf die breiten Schichten der Werktätigen stützen. Sie wird auf ihrer Seite die Sympathie der Arbeiter aller kapitalistischen Länder und so dadurch eine wirksame Waffe gegen die imperialistischen Tributerpresser haben. Vor allem aber steht an Rätedeutschlands Seite als natürlicher Bundesgenosse die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, ein Hort der Freiheit für 160 Millionen.

Das sind die drei Faktoren, die uns die Durchführung dessen ermöglichen werden, was die Kommunistische Partei in ihrer Programmerklärung vom August 1930 niederlegte:

> „Wir erklären feierlich vor allen Völkern der Erde, vor allen Regierungen und Kapitalisten des Auslandes, daß wir im Falle unserer Machtergreifung alle sich aus dem Versailler Frieden ergebenden Verpflichtung für null und nichtig erklären werden, daß wir keinen Pfennig Zinszahlungen für die imperialistischen Anleihen, Kredite und Kapitalanlagen in Deutschland leisten werden."

Sachsen: 226 952 Wohlfahrtserwerbslose

42 Prozent aller unterstützten Erwerbslosen erhalten Wohlfahrt . Die Bankrotte der Gemeinden häufen sich

Nach Mitteilung des Statistischen Landesamtes ist eine weitere Steigerung der Wohlfahrtserwerbslosenzahl zu verzeichnen. Die Zunahme beträgt im Dezember 19 768 oder 9,5 Prozent, so daß die Zahl der Wohlfahrtserwerbslosen Ende Dezember 226 952 beträgt, gegenüber 207 184 Ende November.

Inwieweit die Arbeitslosenversicherung illusorisch gemacht wurde, beweist die Tatsache, daß von der Arbeitslosenversicherung nur 28 Prozent aller Erwerbslosen unterstützt werden, während für die Krisenfürsorge die Zahl 30 Prozent und für die Wohlfahrtspflege der Gemeinden sogar 42 Prozent aller unterstützten Erwerbslosen beträgt. Im Dezember 1930 wurden aus der Arbeitslosenversicherung noch fast 50 Prozent unterstützt, während es in der Wohlfahrtspflege nur 22 Prozent waren.

Die auf 1000 Einwohner errechnete Zahl der anerkannten Wohlfahrtserwerbslosen erreichte Ende Dezember 1931 im Landesdurchschnitt 45,4 (gegen 41,5 am 30. November 1931 und 20,1 Ende November 1930). Wesentlich größer ist die Wohlfahrtserwerbslosigkeit in folgenden bezirksfreien Städten: Freital 82,1; Pirna 79,6; Chemnitz 73,1; Freiberg 65,0; Mittweida 61,5; Wurzen 57,8; Plauen 57,3; Bautzen 54,7; Leipzig 54,4; Dresden 53,1; Meißen 52,6; Werdau 51,2; Riesa 52,4 und Zwickau 46,6.

Unter den ländlichen Bezirksfürsorgeverbänden standen [illegible] 58,9; Leipzig 54,8; Flöha 48,5 und Dresden 47,3 an der Spitze.

Das kapitalistische System findet keinen Ausweg aus der Krise. Mit der steigenden Erwerbslosigkeit werden täglich neue Tausende der Wohlfahrtspflege überwiesen. Schon häufen sich die Fälle des Bankrotts der Gemeinden. Immer näher rückt der Zusammenbruch des Kapitalismus, während im Lande der Arbeiter und Bauern, in der Sowjetunion, die Lage der Werktätigen sich dauernd verbessert. Dort kennt man keinen Hunger und keine Not, keine Massenerwerbslosigkeit und keine Wohlfahrtsunterstützung. Dort ist die Existenz aller Arbeitenden gesichert.

Kleines Parteiabzeichen wieder erlaubt

Durch eine neue Notverordnung des Reichspräsidenten wird das bisherige Verbot von Abzeichen nicht mehr auf das Tragen von Nadeln, Rosetten und ähnlichen kleineren Abzeichen angewandt. An den einschneidenden Bestimmungen der vierten Notverordnung über Demonstrations- und Versammlungsfreiheit wird dadurch natürlich nicht das Geringste geändert.

Sozialistische Jugend zum Banner Karl Liebknechts!

SJV-Vorsitzender, 4 Jungbannerarbeiter stoßen zur roten Klassenfront

Erklärung des Genossen Willy Mirtschin zu seinem Eintritt in den KJVD

„Die proletarische Jugend ist die reinste und hellste Flamme der Revolution!"

Dieses Karl-Liebknecht-Wort wird seine Richtigkeit behalten, solange es auf der Welt ein Jungproletariat gibt.

Ausgesaugt und ausgebeutet vom Kapitalismus kämpft die junge Generation verzweifelt um ihre Existenz. Während man Kaffee, Weizen und Baumwolle vernichtet, hungert und friert der Jungarbeiter. Während er den ganzen Tag schuftet, verprassen die Unternehmer ihren Profit. Während der Staat dem Erwerbslosen die kärgliche Unterstützung entzieht, wirft man der Schwerindustrie, den Großagrariern, den Fürsten und Pfaffen, Millionen in den Rachen.

Die Sozialdemokratie, „die größte und einzigste Arbeiterpartei", wie sie sich nennt, hat beschlossen, Arzt am Krankenbett des Kapitalismus zu sein um ihn zu heilen. Man muß ihr schon zugestehn, daß sie keine Medizin studiert hat, der Kapitalismus ist kein kranker Patient mehr, der Kapitalismus ist eine Seuche geworden, die man ausrotten muß.

Die proletarische Jugend erkennt mehr und mehr die Verräterrolle der Sozialdemokratischen Partei. Große Teile der SAJ haben die Organisation des Parteivorstandes verlassen, die „letzte Stütze gegen den Faschismus", und sind dem Sozialistischen Jugendverband beigetreten. Diese neue Jugendorganisation, die absolut keine Existenzberechtigung und Grundlage hat, auf der sie leben kann, ist weiter nichts, als

> „ein Ventil, um die Erregung der Arbeitermassen über die sozialdemokratische Verräterpolitik aufzufangen, nichts anderes als ein Hindernis gegen die wirkliche proletarische Einheitsfront, nichts anderes als eine Barriere gegen die große proletarische Revolution."

Das Jungproletariat wird aber seinen Weg finden, trotz aller Fangversuche, trotz Notverordnung und sozialdemokratischer Demagogie.

Jungarbeiter! Ich war Vorsitzender der SAJ. Zuletzt war ich Ortsgruppen- und Unterbezirksleiter des Sozialistischen Jugendverbandes. Folgt meinem Weg, den zugleich Hunderte und Tausende junger Arbeiter gegangen sind.

Nicht die SAJ, nicht der SJVD, nur die Einheitsfront des Jungproletariats unter Führung des Kommunistischen Jugend-Verbandes kämpft für

Arbeit, Brot und Freiheit
gegen Elend, Entrechtung und Sklaverei.

Hinein in die Jugend Karl Liebknechts! Hinein in den KJVD zum Kampf für ein freies sozialistisches Deutschland.

gez. Willy Mirtschin, Bautzen

•

Erklärung der Jungbannerkameraden

„Am 1. Juni 1930 trat ich dem Reichsbanner bei. Ich war von dem festen Willen beseelt, einer Organisation zu dienen, die es sich zur Aufgabe gemacht hat, den kulturellen und sozialen Aufstieg der Arbeiterschaft zu fördern. Meine Anschauung war die, daß es mit Hilfe der Demokratie gelingen könnte, zum Sozialismus zu gelangen. Ich habe aber jetzt eine andere Auffassung gewonnen. In einer Republik, wo die kapitalistische Gesellschaftsordnung besteht, wird diese Gesellschaft mit Hilfe ihres Geldes immer verstehen, die „Demokratischen Einrichtungen" für ihre Zwecke verwendbar zu machen. Wir haben es ja heute schon so weit, daß die Lebensverhältnisse des deutschen Proletariats auf ein menschenunwürdiges Niveau gesunken sind, das die kapitalistische Profitwirtschaft niemals mehr zu heben vermag. Und es erläßt man Gesetze, wonach nur immer wieder Lohnabbau und Unterstützungsabbau der breiten Masse auferlegt werden. Das Jungproletariat soll zur Arbeitsdienstpflicht gezwungen werden. Das ist die Bilanz der letzten 13 Jahre. Was bleibt denn eigentlich nach dem Uniform- und Abzeichen-, Demonstrations- und Presseverbot von der „Demokratie" noch übrig? Jetzt begreife ich was es bedeutet, daß der Sozialdemokrat Severing den Stahlhelm verboten hat, aber daß die braunen Banden Hitlers ungestört Gelände- und Bürgerkriegsübungen abhalten können, trotz Notverordnung! Darum sage ich mir, wir als Proletarier haben von der bürgerlichen „Demokratie" nichts mehr zu erhoffen. Deshalb verlasse ich das Reichsbanner und gehe zur roten Einheitsfront, die den Kampf für die Befreiung der Arbeiterklasse, den Kampf um Arbeit, Lohn und Brot führt. Wenn wir Erfolg bringen müssen dann nicht für die Bourgeoisie, sondern für das Ziel unserer eigenen Klasse und für den Sozialismus!

Kurt Pfuhlmann, Fritz-Reuter-Straße 1

Dieser Erklärung schließen sich vollinhaltlich an im Willen die rote Einheitsfront unter revolutionärer Führung zu fördern:

H. Hirrich, Döbelner Straße 27.
Walter Köhler, Döbelner Straße 41

Diese Erklärungen der Jungproletarier aus dem Reichsbanner und besonders des Vorsitzenden des Bautzner SJV, sind eine eindeutige Antwort der Jungarbeiter auf die verlogene sozialdemokratische Kampagne für die „Eiserne Front" mit Brüning gegen die KPD und RGO. Die SPD-Hetze gegen den roten Volksentscheid und gegen den Hindenburgblock hat auch bei der Arbeiterjugend, ein glänzendes proletarisches Echo gefunden. Besonders bedeutungsvoll ist die Erklärung des SJV-Genossen, der bei seinem Uebertritt zum KJVD den wahren Charakter der zentristischen Flügelgruppe des Sozialfaschismus, der SAJ und des SJV, aufdeckt.

Der Vormarsch der roten Einheitsfront vollzieht sich auf der Grundlage der Sammlung der Proletarier aus allen Lagern unter dem roten Banner mit Sichel und Hammer, dem Banner der revolutionären Klassenpartei der KPD und der Kommunistischen Internationale.

KPD-Vertreter spricht auf Polizeibeamtentagung in Braunschweig

Auf der in Braunschweig stattgefundenen Tagung des Landesverbandes der braunschweigischen Polizeibeamten, in etwa 95 Prozent aller braunschweigischen Polizisten organisiert und der dem bürgerlichen Deutschen Beamtenbund angeschlossen ist, sprach unter großer Aufmerksamkeit der zahlreichen polizeilichen Zuhörer ein Vertreter der Kommunistischen Partei.

Mit unumstößlichem Tatsachenmaterial, besonders aus der Tätigkeit der parlamentarischen Aktionen, bewies der Redner, daß nur die Kommunistische Partei die Interessen der unteren Polizeibeamten, wie überhaupt aller unteren Beamten vertrete, während die bürgerlichen Parteien — vor allem die Nazis und die SPD — die Forderungen der Beamten mißachte.

Gerade angesichts der unverkennbaren Wirkung der Rede entzog der Versammlungsleiter dem KPD-Redner das Wort. Dadurch ermutigt, hat der Nazi-Minister Klagges die Zuwendungen zu dem Landesverband wegen des Auftretens des kommunistischen Redners abgebrochen.